



Hennef
DER BÜRGERMEISTER

1. Schreiben an:

Postanschrift: Stadt Hennef · Postfach 1562 · 53762 Hennef

An die
FDP - Fraktion
im Rat der Stadt Hennef
Frankfurter Str. 97
53773 Hennef

Zentrale Steuerung und Service

**Ansprechpartnerin
Svenja Hombücher**

Tel. 0 22 42 / 888 216
Fax 0 22 42 / 888 7216
E-Mail Svenja.Hombuecher@hennef.de
Zentrale 0 22 42 / 888 0
Zimmer 1.06

Sprechzeiten

Mo.-Mi. 8.30-16:00 Uhr
Do. 8.30-17.30 Uhr
Fr. 8.30-12.00 Uhr
weitere Termine nach Vereinbarung

Online www.hennef.de

Gläubiger-ID: DE30HEN00000020187

Mein Zeichen: 100

Datum: 19.11.2014

Flächennutzungsplan

Sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für Ihr Schreiben vom 05.11.2014, welches hier am 19.11.2014 eingegangen ist.

Ihr Anliegen gehört in den Zuständigkeitsbereich des Ausschusses Dorfgestaltung und Denkmalschutz. Ich habe Ihr Schreiben an die Ausschussvorsitzende, Frau Keuenhof, weitergeleitet, mit der Bitte, Ihr Anliegen in die Tagesordnung der nächsten Ausschusssitzung, in der das Thema „Flächennutzungsplan“ behandelt wird, aufzunehmen.

Mit freundlichen Grüßen

Klaus Pipke
Bürgermeister

2. Amt 61 – zur Kenntnisnahme und mit der Bitte eine Sitzungsvorlage zu fertigen.
3. Der Ausschussvorsitzenden, Frau Keuenhof, zur Kenntnis und mit der Bitte um Vormerkung für die nächste Sitzung.
4. Der Schriftführerin, Frau Trimborn, zur Kenntnis.
5. Wvl. Einladung DorfA

19.11.
Haw

Bankverbindung:

Kreissparkasse Köln Kto 213900 BLZ 37050299 IBAN DE76370502990000213900 BIC COKSDE33XXX
Volksbank Bonn Rhein-Sieg Kto 3703317013 BLZ 38060186 IBAN DE66380601863703317013 BIC GENODED1BRS

Besucheranschrift: Frankfurter Straße 97, 53773 Hennef (Sieg)

Hennef, 05.11.14



Fraktion im Hennefer Stadtrat

Fraktionsvorsitzender
Michael Marx
Kaiserstraße 34a
53773 Hennef
02242-912094
Marx-Hennef@online.de

Stadt Hennef
Bürgermeister
Frankfurter Straße

53773 Hennef

12/12

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Pipke!

Bitte leiten Sie folgenden Antrag unbedingt noch an den nächsten Dorfausschuss (ggf. als Tischvorlage) weiter!

Die FDP-Fraktion in Hennef beantragt:

Das weitere Verfahren zu Erarbeitung eines neuen Flächennutzungsplans der Stadt Hennef wird ausgesetzt.

Es wird ein Arbeitskreis des Ausschusses eingesetzt, der basierend auf den Ergebnissen der uns vorgestellten Untersuchungen einen Flächennutzungsplan als politischen Willen zur mittelfristigen Entwicklung der Stadt erarbeitet.

Begründung:

Ein Flächennutzungsplan soll den politischen Willen über die mittelfristige Entwicklungsmöglichkeit einer Stadt darstellen.

Auf dieser Annahme basierend haben wir Untersuchungen durchführen lassen um den Status quo und die zu erwartenden Entwicklungen in Bezug auf Wohn- und Gewerberaum in Hennef, wie auch über die Möglichkeiten der Entwicklung zu analysieren.

Hennef, 05.11.14

Jetzt müssten diese Ergebnisse in politischen Willen umgesetzt werden.

Tatsächlich haben wir aber, den Ostrand Uckeraths ausgenommen, lediglich einzelne Bürgeranträge in die große Liste eingetragen, auf ihre Umsetzbarkeit hin prüfen lassen und den übergeordneten Behörden und Institutionen vorgelegt.

Jetzt sollen eben diejenigen, die hiernach noch als durchführbar gelten in einem FNP dargestellt und abgesegnet werden. Natürlich ist dies für die Betroffenen richtig und teilweise längst überfällig.

Aber: Es ist keinerlei politischer Entwicklungswille in diesem Plan. Es sind bisher überhaupt keine Aussagen getroffen, die auch nur einen Millimeter über die beantragten Flächen hinausgehen.

D.h. wir hätten uns allen das ganze Verfahren und damit auch Geld ersparen können. Es sei denn wir machen jetzt unsere Hausaufgaben und untersuchen Ortschaft für Ortschaft die Möglichkeiten der Entwicklung, gleich ob hier Anträge vorliegen oder nicht.

Zu erwarten, dass parallel zu den Haushaltsberatungen Raum und Zeit für eine so wichtige und umfangreiche Arbeit, wie die genaue Studie aller 4 Vorlagen für den Ausschuss, samt ihrer Reichweite für alle Antragssteller und die Stadt ist, (noch dazu auf dem 11.11. im Rheinland) wird dem Ganzen nicht gerecht.

Zusätzlich sind durch die einzelnen Phasen der Ausschussbeteiligung in Einzelfällen auch Ungleichbehandlungen in der Behandlung der Anträge entstanden, die es in einem neuen Verfahren auszugleichen gilt.

So wurde z.B. Flächen wegen der Nähe zu einem landwirtschaftlichen Betrieb und deren Lage in der Wasserschutzzone II abgelehnt.

Andere Flächen bleiben aber trotz deutlichem Hinweis auf die Nähe zu einem landwirtschaftlichen Betrieb oder ihrer Lage in der Wasserschutzzone II unmittelbar am Rande zu WSZ III im Entwurf.

Für uns scheint hier keine wirkliche Linie und auch kein politischer Wille mehr erkennbar.

Mit freundlichem Gruß

gez. Michael Marx

Fraktionsvorsitzender